

An das Präsidium des Nationalrats per E-Mail

Hörbich, am 24. September 2013

Stellungnahme zur Dienstrechts-Novelle 2013 – Pädagogischer Dienst

Sehr geehrte Damen und Herren!

Am 12. September wurde ich im Rahmen einer Dienststellenversammlung am BG/BRG Rohrbach über das derzeit in Begutachtung befindliche „Neue Lehrerdienstrecht“ informiert. Ich bin zutiefst schockiert über die massiven Verschlechterungen.

Drei Punkte aus der Vielzahl an Verschlechterungen habe ich für meine Stellungnahme herausgepickt:

Eine **Steigerung der Unterrichtsqualität** mit einer Erhöhung der Lehrverpflichtung und damit automatisch mit einer Reduktion der Individualbetreuung des einzelnen Schülers (mehr Unterricht bedeutet mehr Schüler pro Lehrer und gleichzeitig weniger Zeit außerhalb der Unterrichtszeit, z.B. für Hausübungskontrollen) erreichen zu wollen ist mehr als unrealistisch. Die Erhöhung auf 24 gehaltene Unterrichtseinheiten ist daher abzulehnen.

Eine **Steigerung der Unterrichtsqualität** wird mit Sicherheit auch nicht dadurch erreicht, dass schlechter ausgebildete Lehrer (Bachelor-Abschluss soll ja in Zukunft für eine Anstellung an allen Schultypen ausreichend sein) unterrichten werden.

Eine **Steigerung der Unterrichtsqualität** wird auch nicht erreicht, wenn jeder Lehrer unabhängig von seiner Ausbildung an jedem Schultyp in jedem Fach eingesetzt werden kann. Warum übernimmt man et-was, das an den Hauptschulen nicht funktioniert, flächendeckend für ganz Österreich?

Außerdem möchte ich auf die laut meinen Informationen falschen Aussagen der Regierungsvertreter zur Entlohnung hinweisen. Eine Reduktion der Lebensverdienstsumme im Bereich von 400 000 bis 650 000 Euro (immerhin ein schönes Einfamilienhaus) ist einfach nicht akzeptabel.

Ich bitte daher dringend, die Dienstrechtsnovelle von Grund auf neu zu überdenken.

Hochachtungsvoll

Mag. Dietmar Azesberger AHS-Lehrer am BG/BRG Rohrbach